Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 21

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

brigaden» (in den Volksdemokratien: sozialistischen Arbeitsbrigaden). Diese Brigaden erziehen ihre Mitglieder zum kommunistischen Zusammenleben, zum Kollektivismus und zwar sowohl in der Arbeit als auch im Privatleben. Die Mitglieder eines solchen Kollektivs «leben und arbeiten kommunistischerweise: Sie achten auf die Kindererziehung in den Familien der Brigadenmitglieder, sei organisieren gemeinsame Unterhaltungsabende, gemeinsame Kino- und Theaterbesuche, gemeinsame Ausflüge, sie begehen gemeinsam die kommunistischen Feiertage usw.

Ausrichtung auf Arbeitsleistung

Während der letzten Jahre wurden zwei sehr wichtige Rechtsnormen erlassen, welche die Gewerkschaften vermehrt auf Produktionsaufgaben umstellen. Der gemeinsame Beschluss des Ministerrates und des Allunions-Gewerkschaftssowjets vom 9. Juli 1958 regelt die «ständigen Produktionskonferenzen» in den Betrieben, die Gesetzesverordnung (Ukas) des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom Juli 1958 erweitert die Befugnisse der Betriebs-, Fabriks- und lokalen Gewerkschaftskomitees, und zwar unter Berücksichtigung der Produktionsaufgaben.

Die ständige Produktionskonferenz

ist ein, unter der Führung des Gewerkschaftskomitees tätige, sich mit allen Einzelheiten der Produktion beschäftigendes Organ. Sie soll in jedem Produktionsbetrieb errichtet werden, wo die Anzahl der Werktätigen mindestens 100 ausmacht. Die Mitglieder der Konferenzen, welche periodisch zusammentreten, werden entweder von den Versammlungen der entsprechenden Kollektivs oder von den entsprechenden Gewerkschaftsorganen gewählt. Die Amtsdauer der Konferenzmitglieder fällt mit jener der Gewerkschaftsorgane zusammen. Die Konferenz wählt ein Präsidium, ihren Präsidenten und einen Sekretär. Diese führen zwischen zwei Produktionssitzungen die Arbeit der Konferenz nach den Anweisungen der Plenarsitzung. Der Arbeitsplan und die Beschlüsse der Produktionskonferenzen betreffen die wichtigsten Produktionsfragen und die Fragen der Planerfüllung. Schon 1958 arbeiteten 7 Millionen Gewerkschaftsmitglieder in den erwähnten Produktionskonferenzen als Berater der Betriebsleitung. Wie aber ständig berichtet wird, wird die Tätigkeit dieser Organe von der Betriebsleitung nicht ernst genommen. Obschon sie als beratende Organe der Betriebsleitung behilflich sein sollten, werden sie meist nicht befragt.

Fabrik- und Ortskomitees

Etwas mehr Autorität haben die Gewerkschaftskomitees der Fabriken und der Ortschaften. Sie sind als Rechtsperson tätig. Sie nehmen an der Ausarbeitung des Produktionsplanes und aller übrigen Betriebspläne teil, sie schliessen den Kollektivvertrag mit der Betriebsleitung ab, sie kontrollieren die Einhaltung der Bestimmungen dieses Vertrages durch die Betriebsleitung, sie nehmen die Berichte der Betriebsleitung über Produktionsfragen an. Sie unterbreiten den staatlichen Organen Vorschläge im Zusammenhang mit der Produktion. Das Gewerkschaftskomitee nimmt an der Regelung der Arbeitsnormen und -löhne teil, wobei es sich aber nicht nach lokalen oder Gruppeninteressen, sondern nach den gesamtstaatlichen Interessen leiten lassen muss. Das Komitee soll ferner auch bei der Verteilung der Prämien befragt werden. Es unterstützt die Bewegung der «Erneuerer» und Erfinder, kontrolliert die Einhaltung der Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften in den Fabriken, nimmt an der Festsetzung der Pensionen teil, macht Vorschläge bezüglich Entlassungen von Werktätigen mit mangelhafter Arbeitsdisziplin, bezüglich Ernennung von Betriebsdirektoren usw.

«Freiwillige Aufbauarbeit»

In letzter Zeit werden den Gewerkschaften ständig mehr staatliche Funktionen zugeschoben. Diese Funktionen müssen die Gewerkschaften selbstverständlich in Form von «freiwilliger Aufbauarbeit», d. h. in Freizeit und ohne Entlöhnung ausführen. Bisher wurden folgende Aufgaben den Gewerkschaftsorganen überbunden:

Bei Entlassung oder Aufnahme von Werktätigen müssen die Gewerkschaftsorgane angehört werden; die ganze Sozialversicherung wurde den Gewerkschaften übergeben, wobei sie natürlich über einen grossen Stab von vollamtlichen Angestellten verfügen. Die Gewerkschaften haben als «gesellschaftliches Eigentum» beinahe alle Erholungsheime, Sanatorien usw. unter sich. Die staatlichen Behörden müssen die Gewerkschaften bei der Regelung von Arbeitsfragen anhören, wobei ihre Meinung natürlich für die Staatsorgane nicht obligatorisch ist.

Die Gewerkschaftsleitungen befassen sich mit der Aufstellung von Kameradschaftsgerichten, Block- und Hauskomitees und anderen Institutionen, welche zur täglichen Kontrolle der Werktätigen dienen.

Seitdem das Arbeitsministerium und das Unions-Gewerkschaftszentrum in den dreissiger Jahren verschmolzen wurden, gelten die Gewerkschaften auch als staatliche Hüter der Arbeitsdisziplin und der Arbeitsnormen.

*

Die Gewerkschaften vertreten also in kommunistischen Staaten nicht die Werktätigen, sondern dienen als Organe der Partei und des Staates zur Förderung der Produktion, Produktivität, Arbeitsdisziplin und Erziehung der Werktätigen im Geiste des Kommunismus.

Curriculum der Woche

VIKTOR WASILJEWITSCH GRISCHIN

Präsident des Allunionszentralrates der Gewerkschaften (WCPS), Mitglied des Zentralkomitees und kandidierendes Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU.

Geboren 1914 in Serpuchow als Arbeitersohn. Absolviert 1937 in Moskau ein Technikum als Eisenbahntechniker. Stellvertretender Leiter eines Lokomotivdepots und Sekretär des Betriebs-Komsomols. 1938 Eintritt in die KP, Dienst in der Armee. 1942 wird er zum Sekretär des Parteikomitees Serpuchow ernannt und bleibt bis 1950 auf diesem Posten. 1950 bis 1952 Leiter der Maschinenbauabteilung des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU, anschliessend Sekretär des gleichen Komitees. Auf dem XIX. Kongress der KPdSU ins Zentralkomitee berufen. Auf dem XX. Parteitag 1956 wird er Vorsitzender des WCSPS, aber paradoxerweise erst 1959 (auf dem XII. Gewerkschaftskongress) zum Mitglied der Organisation gewählt, der er seit drei Jahren vorsteht. 1961 wird er kandidierendes Mitglied des Zentralkomitees.

Mitglied des Exekutivbüros, des Exekutivkomitees und des Generalrates des (kommunistisch gelenkten) Weltgewerkschaftsbundes. Abgeordneter im Obersten Sowjet der UdSSR und Deputierter im Moskauer Stadt- und Gebietsowjet.

Soziales

SBZ

Kinder als Fabrikarbeiter

Die Nachrichten mehren sich, dass in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands neuerdings auch Kinder zu regulärer Fabrikarbeit herangezogen werden. So berichtet die sowjetzonale Nachrichtenagentur ADN, dass im Ostberliner Kabelwerk Oberspree Schüler der vierten und sechsten Klasse einer Oberschule regelmässig zu wichtigen Produktionsarbeiten herangezogen werden; diese Schüler werden in sogenannten «Sozialistischen Arbeitsgemeinschaften» ihres Patenbetriebes zusammengefasst. So wurde ADN zufolge die Arbeitsgemeinschaft «Steuerung- und Regelungstechnik» mit der Entwicklung einer automatischen Waage beauftragt, während Schüler der Arbeitsgemeinschaft «Maschinenbau» Drehbänke mit Getriebekästen ausrüsten.

Bisher erfolgte der Einsatz von Kindern in der verschleierten Form des polytechnischen Unterrichts, der das gesamte Schulwesen unter dem Gesichtspunkt der Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit in Industrie und Landschaft reorganisieren sollte. Ein weiteres Ziel des polytechnischen Unterrichts ging dahin, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch einen frühzeitigen Umgang der Jugend mit der Technik zu fördern. Solche Experimente können, selbst wenn sie sich — was durchaus nicht immer der Fall ist — günstig anlassen, jedoch erst in längeren Zeiträumen zu dem erwünschten volkswirtschaftlichen Erfolg führen. Die Zonenwirtschaft ist jedoch in ihrer heutigen kritischen Situation darauf angewiesen, im beschleunigten Tempo die letzten Arbeitsreserven zu mobilisieren. So stehen in der Zone zurzeit über 3,6 Millionen Frauen, das sind 46 Prozent aller Beschäftigten, im Berufsleben. Doch können diese den Bedarf an menschlichen Arbeitskräften, der angesichts der ungenügenden Mechanisierung und Automatisierung der Betriebe weiterhin sehr hoch ist, nicht befriedigen, und so geht die Zonenregierung jetzt dazu über, die letzte Arbeitskraftreserve, nämlich die Schulkinder, in verstärktem Umfange für den Arbeitseinsatz zu mobilisieren. Jetzt müssen 10- bis 12jährige Schüler in sogenannten «Sozialistischen Arbeitsgemeinschaften» regelrechte Fabrikarbeit verrichten, was wiederum nur auf Kosten einer ordentlichen Schulausbildung möglich ist, ganz zu schweigen von der gesundheitlichen Gefährdung, welche die Ueberlastung der Schulkinder mit zusätzlicher Fabrikarbeit mit sich bringt.

Die Väter des sogenannten «wissenschaftlichen Sozialismus», Karl Marx und Friedrich Engels, hatten vor mehr als hundert Jahren die Kinderarbeit als das übelste

für die Ausbeutermethoden der frühkapitalistischen Epoche bezeichnet, und die im Oktober 1949 verkündete Verfassung der DDR garantierte feierlichst den Schutz der Jugend vor jeglicher Ausbeutung; denn im Artikel 18, Absatz 6 der Sowjetzonenverfassung heisst es wörtlich: «Die Jugend wird gegen Ausbeutung geschützt und vor sittlicher, körperlicher und geistiger Verwahrlosung bewahrt. Kinderarbeit ist verboten.» Doch dieser Paragraph steht wie so viele andere Verfassungsbestimmungen der DDR lediglich auf dem Papier. Ja, er ist in der täglichen Regierungspraxis der SED längst in sein Gegenteil verkehrt worden.

Die von Marx und Engels so leidenschaftlich bekämpfte «Ausbeutung des Menschen durch den Menschen» ist gerade in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands zu höchster Perfektion entwickelt worden, und die Begründer des Marxismus würden sich wohl mehrmals im Grabe umdrehen, erführen sie, was ihre Epigonen aus der sozialistischen Heilslehre inzwischen gemacht haben.

Etwa eine Million betriebliche Gewerkschaftsfunktionäre werden bei den diesjährigen Wahlen im Sowjetzonen-Gewerkschaftsbund, die im April begonnen haben und im November mit dem VI. FDGB-Kongress abgeschlossen werden, gewählt. Davon sind je 250 000 Vertrauensleute, Kulturobleute und Bevollmächtigte der Sozialversicherung. Rund 300 000 der gewählten Gewerkschaftsfunktionäre sind Mitglieder der Abteilungs- und Betriebsgewerkschaftsleitungen. Damit hat jedes sechste FDGB-Mitglied eine Funktion.

Erziehung

Ungarn

Gefährlicher TV-Tell

Wilhelm Tell bedroht die ungarische Jugend, weil das Spielen mit der Armbrust bei den Kindern zu beliebt geworden ist. Gegenwärtig fordert die Presse ein Verbot von Herstellung und Verkauf der sogenannten «Wilhelm-Tell-Bogen».

Die Kampagne steht im Zusammenhang mit einer Fernsehserie von Tellfilmen, die vor einigen Monaten eingeführt worden war. Die Sendereihe wurde sehr rasch populär, zu populär für die Parteikreise, die davor zu warnen begannen, die «kriegerischen Instinkte» der Jugend zu wecken. Offenbar war die Gestalt des Kämpfers gegen den habsburgischen Imperialismus von den Zuschauern nicht nur im Parteisinne verstanden worden. Da aber die kommunistische Propaganda das nicht gut zugeben konnte, ohne selbst auf die Möglichkeit einer Identifizierung von Gessler und dem Regime hinzuweisen, verzichtet sie nun auf die politische Bekämpfung der Tell-Begeisterung und verweist auf die Unfallgefahren bei den Kindern.

Die Armbrust-Herstellung war nach Anlaufen der Fernsehserie von privaten Gewerbetreibenden in Angriff genommen worden, die dazu die nötige staatliche Erlaubnis erhielten. Der Verkauf übertraf aber alle Erwartungen, und das Armbrustschiessen ist zu einem beliebten Sport und Spiel der Schuljugend geworden. Nun werden in der Presse sämtliche Unfälle registriert, die damit in Zusammenhang stehen. Gleichzeitig werden die Gewerbetreibenden gebrandmarkt, die ihren Gewinn (von höchstens acht Prozent nach den gesetzlichen Normen) auf Kosten der Volksgesundheit suchten.

Selbstverständlich sind herumfliegende Bolzen gefährlich. Es bliebe die Möglichkeit, das Spiel in geordnete Bahnen zu lenken und unter Aufsicht zu betreiben. Gefordert aber wird nicht das, sondern das Verbot der Armbrust, die offenbar als Symbol eingeschätzt wird. Sonst hätte die Kampagne wohl auch kaum auf der geistigen Ebene begonnen und sich erst nachträglich der Unfallverhütung zugewandt.

Literatur

Rumänien

Die kapitalistische «Alte Dame»

Friedrich Dürrenmatts Stücke werden in Polen häufig, in den übrigen europäischen Volksdemokratien sporadisch aufgeführt. Die Publikumsreaktion fällt dabei mit lebhaftem Besuch der Vorstellungen eindeutiger aus als die offizielle Reaktion, die zwiespältig ist: Einerseits besteht das Bestreben, Dürrenmatt als Vertreter des dekadenten Westens anzuprangern (siehe KB, Nr. 17, «Was die Physiker Dürrenmatts nicht können»), anderseits versucht die Parteipresse auch, aus der Sozialkritik des Schriftstellers eine Verdammung des Westens und indirekt eine Befürwortung der «kommunistischen Alternative» herauszuinterpretieren.

Ein Beispiel dafür liefert eine rumänische Kritik, die zu Beginn dieses Monats in der Wochenschrift «Utunk» (Klausenburg) erschienen ist, einem in ungarischer Sprache erscheinenden (in Siebenbürgen gibt es eine gerade jetzt wegen Einverleibungsmassnahmen zur Diskussion stehende grosse ungarische Minderheit) Organ des rumänischen Schriftstellerverbandes. Aus dem objektiv vorhandenen Motiv der Macht des Geldes in einer kleinen Gemeinschaft konstruiert die Zeitung einseitig den ganzen Sinn des Stückes (in Wirklichkeit könnte sich die Handlung ja sehr ähnlich abspielen, wenn die alte Dame statt ihres Reichtums etwa die Druckmittel eines kommunistischen Funktionärs mitbrächte, um ihre Rachepläne an ihrem Opfer durchzuführen). Der Artikelverfasser widerspricht (was soweit sein Recht ist) Dürrenmatts eigener Interpretation, ersetzt sie aber durch eine schematische Abwandlung des Klassenkampfthemas, welche als Deutung der Handlung vollkommen danebengreift:

«Umsonst behauptet Friedrich Dürrenmatt im Nachwort zu seinem Stück: ‚Der Besuch der alten Dame': ‚Ich stelle Menschen dar, keine Marionetten, Geschehnisse, Symbole, eine Welt will ich vergegenwärtigen und nicht Moral predigen ...'. — Wir, die seine Stücke sehen, haben eine andere Meinung. Die Darsteller sind Menschen, aber auch Symbole.

Die Handlung ist nicht nur ein grossartig aufgebautes Schauspiel, sondern eine gewichtige gesellschaftliche Aussage, beinahe ein Rahmen in Thesen zusammengefasster Ideen. Wir sind vollkommen einverstanden, dass er eine Welt darstellt und nicht Moral predigt, doch steht Dürrenmatt vor uns als ein strenger Moralist. Er predigt nicht Moral, sondern er lässt sie mit dem Herzen spielen. Es ist unmöglich, die Handlung betrachtend, nicht an das objektive Gesetz des Kapitals, an den unergründlichen Appetit des Imperialismus, an die wachsenden Schatten des Faschismus und auch an den Marshall-Plan zu denken, obwohl der Schriftsteller heftig gegen diesen Gedanken protestiert. Natürlich werden diese im Stück nicht roh und direkt dargestellt; Dürrenmatt ist ein viel zu ausgezeichneter Autor, der die Kunst auf einem viel höheren Niveau ausübt. Die Milliarde, auch wenn es nicht offen gesagt wird, bedeutet Dollars, wofür so viel geopfert werden muss. Güllen, wo ‚der Humanismus seine Traditionen hat', wo ‚Goethe eine Nacht verbrachte und Brahms ein Quartett komponierte', die Bürger von Güllen morden für diese Dollars, kaltblütig, im Namen der Moral töten sie ihren Freund. Der Schriftsteller behauptet, dass keine Macht gegen diese Dollar-Millionen zu trotzen vermag. Im Stück protestiert nur ein Mensch gegen den Mord, der humanistische Professor, und auch er lässt sich freudigst überzeugen von der Schuld Ills. Endlich sieht auch das Opfer ein, dass sein Tod nützlich ist, und der materielle Vorteil wird auch für ihn grösser als der Wert des Lebens. Ueber Dürrenmatts Werke wurde viel diskutiert in der ganzen Welt. Einerseits wird seine Aussage zuviel, anderseits zu wenig beachtet.

Aber eine Tatsache wird überall anerkannt: seine brillante Begabung. Aktuelle, faszinierende Gedanken überwältigen den Zuschauer, und auch der faulste Geist muss nachdenken. Die überraschenden Situationen werden bis zur letzten Konklusion zugespitzt, und das unempfindlichste Nervensystem wird frösteln. Und doch, wir müssen uns immer mit seinen Stücken auseinandersetzen. Dürrenmatt hat sich mit der kritisch-realistischen Darstellung der Wirklichkeit begnügt. Was erwartet er von der Zukunft, auf was hofft er, an was glaubt er? Diese Fragen beschäftigten den Zuschauer nach der Vorstellung der ‚Alten Dame'. Aber auf diese Fragen geben seine Stücke keine Antwort.»

Propaganda

Sowjetunion/Afrika

Sender für Somalia

Dank der Vorarbeit und der Vermittlung der kommunistisch gesteuerten Internationalen Rundfunk- und Fernsehorganisation (OIRT) hat die Regierung von Somalia jetzt der im sowjetisch-somalischen Kreditvertrag von 1961 vorgeschlagenen Errichtung eines Rundfunksenders zugestimmt.

Ein entsprechendes Protokoll sieht vor, dass die Sowjetunion nicht nur die technischen Anlagen für den Sender liefert, sondern auch die Sendegebäude errichtet und das erforderliche Fachpersonal zur Verfügung stellt. Es steht zu befürchten, dass diese sowjetischen Techniker in Mogadiscio nicht nur die technische Ausbildung, sondern auch die ideologische Schulung des somalischen Sendepersonals übernehmen werden. Mit einer Sendeleistung von 50 Kilowatt wird der Sender weit nach Ostafrika hinein zu hören sein, es bleibt die Frage, ob er die Stimme Somalias oder die Einflüsterungen der kommunistischen Propaganda verbreiten wird.

BRIEFE

Deutsches Brauchtum im Rumänien

Die Bildlegende auf Seite 3 von Nummer 19 «Rumänisches Brauchtum bei Bistritz» ist nicht ganz richtig. Es müsste heissen «Deutsches Brauchtum in Rumänien», denn die dargestellten Bauern sind Deutsche, genauer Siebenbürger Sachsen. Die Aufnahme stammt aus den Jahren 1936/37 und zwar aus Treppen bei Bistritz. Die alten Bauern tragen die für die Nösner Siebenbürger typische Tracht, den grossen Kirchenpelz, der nur zum Kirchgang angelegt wird, während die Mädchen als Zeichen, dass sie noch ledig sind, auf dem Kopf die hohe schwarze Samtkappe mit den buntgestickten Bändern haben. Die verheirateten Frauen dagegen sind an ihren weissen Hauben kenntlich.

Die gotische protestantische Kirche im Hintergrund (die rumänischen Kirchen sind stets im byzantinischen Stil gebaut) stammt noch aus dem Mittelalter.

A. F. in Bern

Medizin

Comecon

Krebsforschung

Die tschechoslowakischen Wissenschaftler sollen die Krebsforschung und die Bekämpfung anderer gefährlicher Krankheiten für die Mitgliedstaaten des Comecon, der Wirtschaftsorganisation des Ostblocks, übernehmen.

Die Ständige Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung von Wissenschaft und Technik hat eine «Arbeitsteilung» ausgearbeitet, nach der der CSSR 12 wissenschaftliche und technische Probleme zugeteilt worden sind. Insgesamt stellte die Kommission 68 Probleme auf, deren Lösung in den nächsten zwei oder drei Jahren erreicht sein soll. Weitere 40 Probleme sollten innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre gelöst werden. Einzelheiten wurden in der Tageszeitung der Gewerkschaften, «Prace», veröffentlicht.

Weitere Aufgaben für die tschechoslowakischen Wissenschaftler sind Probleme der Vererbung, richtigen Ernährung, Korrosionsschutz von Metallen und Forschungen auf dem Gebiet der Zellsäfte in Verbindung mit der Entwicklung des menschlichen Organismus.

Widerstand

Bulgarien

«Anonyme Flugblätter»

Während die Tschechoslowakei in letzter Zeit mit zwei Begebenheiten in aller Oeffentlichkeit, Ausschreitungen gegen farbige Studenten und eine Manifestation von Unzufriedenheit, spektakuläre Sorgen hatte, registriert Bulgarien anscheinend eine gewisse Untergrundbewegung, die sich mit Herstellung und Vertrieb von Flugblättern befasst.

Einen ausführlichen Bericht darüber veröffentlichte vor zwei Wochen das KP-Organ «Rabotnitschesko delo» (führende Tageszeitung in Sofia). Eine ganze Anzahl von Personen wird genannt, die als «anonyme Verleumder der Partei, ihrer Mitglieder und Führer» vor Gericht gestellt und «zu verdienten, strengen Strafen» verurteilt wurden.

«Leider gibt es bei uns noch Leute», so wird zugegeben, «die unser neues sozialistisches Bulgarien mit fremden, bösen Augen betrachten. Ihre Devise ist, es so schwarz wie möglich darzustellen. Je mehr verleumderische schwarze Farbe, umso eher wird sich vielleicht ein dunkles Fleckchen finden, an das man glaubt. ...Es kommt vor, dass Flugblätter von Unbekannten auf den Strassen verstreut, in Briefkästen geworfen oder per Post versandt werden. Anständige Leute nehmen sie mit Verachtung in die Hand und leiten sie sofort an die Organe des Innenministeriums weiter.»

Das Eingeständnis dieser Flugblattaktionen in verschiedenen Gegenden (nebst Sofia werden noch andere Städte und Dörfer genannt) ist immerhin bemerkenswert. Möglicherweise schien der Partei das Ausmass dieser Tätigkeit zu gross geworden zu sein, um vertuscht zu werden, so dass man einer öffentlichen Warnung den Vorzug gab.

Dass sich Aehnliches auch in andern Volksdemokratien abspielt, lässt sich aus Indizien schliessen, etwa aus der Tatsache, dass Rumänien den Kauf von Schreibmaschinen der Bewilligungspflicht unterstellte, so dass allfällige Hersteller maschinengeschriebener Flugblätter sofort ermittelt werden können.

Militär

China

Unterricht im Lager

Einen neuen Beweis dafür, dass die chinesische Agression gegen Indien von langer Hand vorbereitet worden war, lieferten die Berichte der aus chinesischer Kriegsgefangenschaft entlassenen indischen Soldaten. Nach diesen Aussagen wurden die Gefangenen sofort nach ihrer Volks- oder Stammeszugehörigkeit und nach ihrer Sprache gesondert und in getrennten, vorbereiteten Lagern in Tibet untergebracht. Offiziere und Mannschaften, die sich aus den Bergvölkern der Dogras, der Kumaonis und Gharwalis rekrutierten, kamen in ein Lager, die Ghurkas in ein anderes und die Sikh-, Radschput- und Jat-Soldaten der indischen Armee in ein drittes Lager. Dort wurden sie von chinesischen Offizieren jeweils in ihrer eigenen Sprache und oft sogar in ihrem heimatlichen Dialekt verhört. Auch der politische Unterricht, von den Gefangenen als «Gehirnwäsche» bezeichnet, erfolgte jeweils in der Muttersprache der Gefangenen und war besonders auf die jeweilige Herkunft aus den verschiedenen Teilen Indiens zugeschnitten. Wie verlautet, war für die ideologische Beeinflussung der chinesische Oberst Chen-Hao verantwortlich, der bis kurz vor der Invasion als chinesischer Militärattaché in Neu Delhi tätig war und mit der Organisation sowie den Sitten und Gebräuchen der indischen Armee bestens vertraut ist.

Die burmesische Regierung hat ein Ersuchen Pekings abgelehnt, einen Teil der im Handelsvertrag von 1962 vereinbarten Reisexporte direkt an die in Tibet stationierten Truppen der rotchinesischen «Volksbefreiungsarmee» zu liefern. Die Regierung Ne Win erklärte dazu, direkte Reislieferungen an die chinesischen Truppen in Tibet — die im vergangenen Jahr als Stossarmee gegen Indien eingesetzt worden waren — wären mit der Neutralitätspolitik Burmas nicht zu vereinbaren.

Wirtschaft

Polen

Abfall-Planung

Eine ungewohnte Form der Planfälschung wird zurzeit in Polen diskutiert: Die fälschliche Deklarierung von Warenbeständen als Abfall.

Eine ausführliche Behandlung widmet die Warschauer Zeitung «Zycie gospodarcze» dem Thema. Der Verfasser E. Cieslikowski weiss wovon er spricht, war er doch nach seiner Aussage während zwölf Jahren an solchen Erklärungen beteiligt, in denen Bestände im Wert von insgesamt 200 Millionen Zloty zu Abfall gestempelt wurden. Jahr für Jahr entstehen der Volkswirtschaft auf diese Weise Schäden von mehreren hundert Millionen, wobei der genaue Wert, der zwischen dem Inventarwert und dem Schrottwert liegt, natürlich schwer abzuschätzen ist.

Wie kommt es zu dieser Erscheinung? Nach Meinung des Verfassers wegen mangelhafter Planung: «Die Deklarierung vieler brauchbarer Gegenstände und Materialien als Abfall erfolgt sehr oft infolge unbegründeter Aenderung der Produktionspläne, besonders wenn diese Aenderung mit der Einstellung oder der Beschränkung einer schon angelaufenen Produktion verbunden ist. Das kostet den Staat jährlich viele Millionen Zloty. Die auf Planungsfehler zurückzuführenden Fehldeklarationen belaufen sich auf mindestens 80 Prozent der Fälle, bei denen Waren als Abfall erklärt werden.»

Tatsächlich ist das ein Aspekt der totalen Planwirtschaft. Werden die Pläne nicht rechtzeitig fertiggestellt, müssen die Betriebe oft noch weit im neuen Planungsjahr auf Grund der Vorjahrespläne arbeiten. Die nachträgliche Bekanntgabe der Planvorschriften zwingt sie dann zur Einstellung oder Abänderung der Produktion. Mangelhafte Koordinierung der verschiedenen Industriebranchen trägt weiter dazu bei, dass Waren verderben. So können etwa zum Bau einer Fabrik die Maschinen vor den Baumaterialien geliefert werden, so dass die Ausrüstung unter freiem Himmel Schaden nimmt, wenn nicht total unbrauchbar wird.

Die Pläne basieren auf Produktionsmengen, die wohl eingeplant, aber noch nicht hergestellt sind. Gibt es irgendwo eine Verspätung, so fallen die Zulieferungen aus, die stattfinden müssten, um einem weiteren Betrieb die Planerfüllung zu ermöglichen. Der Ausfall eines einzigen Betriebes hat so seine Kettenreaktion, was sich in einer nachträglichen Planänderung kundgibt, die der angelaufenen Produktion nicht mehr gerecht wird.

So kommt es, dass verschiedene Materialien und Geräte zum Abfall gestempelt werden, weil sie entweder nach der neuen Situation nicht mehr plangemäss zu gebrauchen sind oder keinen Abnehmer finden. Dabei geht vieles zu Grunde, was an sich noch verwertbar wäre. Die Betriebe ziehen diese Lösung vor, um sich keine «nutzlosen Reserven» an Warenbeständen anzuhäufen, wofür sie disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden können.

Das Problem stellt sich übrigens nicht nur in Polen. Nach einer Moskauer Erklärung liegen in den sowjetischen Betrieben Waren im Werte von 27 Milliarden Rubel unausgenutzt herum.